

## Heute vor 43 Jahren



**23.4. 1975.** Vietnam stand seit 1858 unter französischer Kolonialherrschaft. Nachdem im Zweiten Weltkrieg Deutschland Frankreich besiegt hatte, besetzten japanische Truppen das Land, das nun dem französischen Vichy-Regime unterstand. Dagegen kämpfte Ho Chi Minh mit den Vietminh an, zunächst unterstützt von den USA. Nach der Kapitulation Japans riefen die Vietminh die Demokratische Republik Vietnam aus, was eine französische Intervention zur Folge hatte. In der Schlacht von Dien Bien Phu 1954 erlitt Frankreich eine schwere Niederlage; danach wurde das Land geteilt. Neue Kriegshandlungen begannen als Bürgerkrieg in Südvietnam und weiteten sich bald in eine grössere Auseinandersetzung aus. Die USA unterstützten Südvietnam militärisch, zeitweise mit über einer halben Million Kampftruppen, die Sowjetunion und China standen auf Seiten Nordvietnams. Ab 1973 zogen sich die Amerikaner schrittweise zurück, nordvietnamesische Truppen rückten vor. Mit der Einnahme Saigons endete der Krieg am 30. April 1975. Das Bild zeigt ein überfülltes amerikanisches Schiff mit vietnamesischen Flüchtlingen. Foto Keystone

## Einspruch

### Eine Branche kapituliert

Von Flavian Kurth

Die Krankenkassen sind gemäss WZW-Regel des Krankenversicherungsgesetzes verpflichtet, unnötige Behandlungen zu identifizieren und auszumerzen. Damit sollen die Gesundheitskosten kontrolliert werden. Wenn die Chefin der CSS-Krankenkasse Philomena Colatrella vorschlägt, den steigenden Gesundheitskosten mit einer unbezahlbaren Franchise von 5000 bis 10 000 Franken beizukommen, dann ist dies folglich eine Bankrotterklärung und ein Eingeständnis, diesen Auftrag zur langfristigen Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung nicht erfüllen zu können.

Im von der CSS angedachten Modell würde diese bei den schlechter Verdienenden in den Zuständigkeitsbereich der Fürsorge fallen, und die Krankenkasse würde zum Serviceclub für Besserverdiener. Das mag für Versicherungen ein interessantes Geschäftsmodell sein, ihren Auftrag erfüllen sie damit nicht.

Haben die Kassen aber überhaupt die Möglichkeiten, diesen Auftrag zu erfüllen? Sind sie nicht durch den Vertragszwang genötigt, die Rechnungen jedes Leistungserbringers zu begleichen? Ganz passen will diese Opferrolle nicht, denn die erwähnte WZW-Regel gibt ihnen ja ein machtvolles Instrument der Kostenkontrolle in die Hand: Sie können bei Leistungserbringern Bussen und Regresszahlungen einfordern, was sie auch immer wieder tun, und nicht zu knapp. Haben sie damit aber auch tatsächlich unnötige Behandlungen vermieden? Heinz Brand, Präsident des Krankenkassenverbands Santésuisse, im *Blick* vom 17.4.18: «Niemand weiss es.»

Weshalb tut ein Branchenverband jahrelang dies und das, um die Kosten in den Griff zu bekommen, wenn er davon ausgeht, niemand wisse, ob das alles auch irgendetwas bringt? Weil er davon lebt. Was passiert denn, wenn die Versicherer, wie dies der Fall ist, die WZW-Regel so wahrnehmen, dass sie jene Ärzte büssen, deren Durchschnittskosten 30 Prozent über dem Schnitt liegen – unabhängig davon, welche Patienten diese behandeln? Richtig, die Ärzte senken ihren Schnitt, indem sie viele kleine Behandlungen machen, die vielleicht nicht immer nötig sind, und jene wenigen, die teuer bis sehr teuer sind, eher nicht. Diese gehen dann zu spät endlich in die Ambulatorien der Spitäler, wo sie richtig teuer werden – zur Hälfte zulasten des Kantons. So spart man nicht, so schiebt man weiter. Und treibt damit die Kosten. Fakt ist: Mit der Datenbasis der Versicherer ist eine Identifizierung tatsächlicher Überarztgar nicht möglich, weil sie mangelhaft ist, was auch das Parlament erkannt hat. Diese Basis und ihre Methode zu verbessern haben die Versicherer indes 20 Jahre lang versäumt.

Der CSS-Vorschlag wird wohl eher jene Versicherten zur Kündigung bewegen, auf welche die CSS nicht eben scharf zu sein scheint. Hier ist das zweite Problem: Für Versicherungen ist es zu wenig attraktiv, schlechte Risiken zu versichern. Dagegen wirken sollte der Risikostrukturausgleich. Wenn den Versicherern die Jagd nach guten Risiken nun aber jährliche Maklergebühren von 500 Millionen Franken wert ist, dann zeigt das: Offensichtlich funktioniert er nicht.

Der Facebook-Datenskandal hat gezeigt, dass Datenbanken und Algorithmen unserer Gesellschaft Schäden beibringen können, dass sie sie unter Umständen entsolidarisieren und spalten. Es liegt in der Verantwortung ihrer Urheber, in diesem Fall der Krankenkassen, dafür zu sorgen, dass dies nicht geschieht. Ihre Algorithmen und ihre ungenügenden Datenbasen haben systematisch zur Mengenausweitung geführt, mit der Folge, dass nun Stimmen laut werden, die eine Kostenkontrolle auch um den Preis der Entsolidarisierung unseres Gesundheitswesens fordern.

Flavian Kurth ist Sekretär des Vereins Ethik und Medizin Schweiz VEMS.

## Briefe

### Die realen Zustände von Venezuela

«Es handelt sich um ein perverses Schauspiel»; **BaZ 18.4.18**

Ich habe 45 Jahre in Venezuela gelebt und kenne die reale Situation von Venezuela sehr gut. Hier ein paar Gegensätze laut den Aussagen des Militärbotschafters.

- > 1. Die extreme Armut liegt bei zirka 80 Prozent.
- > 2. Der Präsident des höchsten Gerichtshofes wurde vor einigen Jahren als Mörder verurteilt.
- > 3. Keine Medikamente. Zwei nähere Bekannte meinerseits verstorben: 20 Jahre alt, kein Insulin; 37 Jahre, Neumonie, kein Antibiotikum.
- > 4. Inflationsrate von mehr als 8000 Prozent, Erwartung bis Ende 2018: 18000 Prozent. Meine Pension in Venezuela ca. \$ 0.50 – das reicht gerade, um eine Viertelbüchse Thunfisch zu kaufen.
- > 5. Keine Lebensmittelversorgung. Freunde von mir auf Fotos kaum erkennbar. Alle haben zirka 10 bis 15 kg abgenommen.
- > 6. Kein Bargeld mehr. Banken und Bankomaten zahlen, wenn man Glück hat, maximal Bs. 20000 aus. Beispiel: 1 Karton Eier (36 Eier) kostet ca. Bs. 900000.

Ich könnte ein Buch schreiben über die Zustände in Venezuela. Empfehle dem Botschafter aufzupassen, dass ihm die Nase nicht weiter wächst, als es Pinocchio passiert ist.

Peter Hegedues, Hofstetten

### Intoleranter Mensch

**Zum Verkauf der BaZ an die Tamedia; BaZ diverse**

Es gibt Tage, da bereut man, aufgestanden zu sein und die Tageszeitung gelesen zu haben. Heute ist so einer. Nicht genug, dass die *BaZ*, die einzige rechtsbürgerliche Tageszeitung der Schweiz (die *NZZ* ist mittlerweile bestenfalls «Mitte»), an eine Gruppe verkauft wird, die im linken Mainstream-Journalismus brilliert. Nein, dazu kommt noch der beinahe unglaubliche Kommentar von Herrn Wessels. Hat er das wirklich gesagt? Wenn ja, wie kann ein solch intoleranter Mensch in

den Regierungsrat eines Schweizer Kantons gewählt werden? Unglaublich.

Jürg Traub, Crissier

### Wer in einem Glashaus sitzt...

Die meist berechtigte Kritik der *BaZ* an der Politik von Regierungsrat Hans-Peter Wessels scheint an ihm doch nicht spurlos abgeglitten zu sein. Sein Statement zum Verkauf der *BaZ* an die Tamedia zeigt seine Unfähigkeit, andere Meinungen zu akzeptieren. Die *BaZ* öffentlich «als Propagandablatt der übelsten Ausrichtung» zu bezeichnen, sagt alles über die böse Gesinnung von Herrn Wessels. Herr Wessels ist und bleibt als Politiker, was er mit eigenen Worten ist: degeneriert und untragbar.

Thomas Leupin, Basel

### Demagogische Art passt zu Wessels

Wessels' Kommentar zum Verkauf der *Basler Zeitung*: «Die *BaZ* ist ein übles Propagandablatt.» Ich kann die Abrechnung des Herrn Wessels mit der *BaZ* gut verstehen. Ohne sie wären die üblen Machenschaften von ihm nie öffentlich geworden. Herr Wessels weiss natürlich nicht, dass es in der Schweiz keine andere Tageszeitung gibt, die ein so breites Meinungsspektrum von links bis rechts zulässt. Dass Herr Wessels die heutige *BaZ* in schier demagogischer Art zur Hölle wünscht, passt ganz gut zu ihm. Einfach übel!

Hans Ueli Götz, Binningen

### Ein Dank an Herrn Wessels

**Der 3er soll bis zum Flughafen fahren; BaZ 20.4.18**

Nachdem das 3er-Tram ins Elsass fährt und Regierungsrat Wessels den Franzosen eine Million Euro geschenkt hat, wollen die Franzosen jetzt noch mehr Geld von Basel-Stadt für das Basler Tram, welches dann auch das neue Quartier du Lys anfährt. Dabei soll das Tram ja auch zum Flughafen fahren, damit auch die Elsässer schneller am Flughafen sind.

Dass auf 120 Hektaren Gewerbe, Grünflächen, Hotels und Restaurants

entstehen, ist erfreulich. So stehen mir zusätzlich zu Deutschland ein weiteres Einkaufszentrum und viele Restaurants zur Verfügung. Deshalb danke an Herrn Wessels, dass Sie mich als Autofahrer aus Baselland so grandios mit Staatsgeldern aus Basel unterstützen. Und danke auch dafür, dass Ihr Departement vor Weihnachten das Essen im Elsass sogar schon ausprobiert hat.

Werner Boetsch, Binningen

### Mit Bus 50 optimaler ab Bahnhof SBB

Wenn man jetzt mit Tram 3 vom Bahnhof SBB zum Bahnhof St-Louis (Endstation) gelangen möchte, benötigt man zirka 23 Minuten. Nun will die französische Seite dort die Verlängerung zum Euro-Airport anregen, natürlich mit Schweizer/Basler «Bazzele». Von Basel aus gibt es bereits die Buslinie 50 ab SBB, die benötigt total 16 Minuten bis zum Flughafengebäude und fährt ideal durch die Stadt.

Guter öffentlicher Verkehr ist eine Lebensqualität, die sowohl Einheimische wie Besucher der Region erfreut. Aber auch die Frage nach Effizienz ist eine wesentliche. Der Einsatz der Investitionen muss optimiert sein – auch auf die Bedürfnisse der hier Lebenden zugeschnitten. Nice-to-have-Ideen, die bei sachlicher Betrachtung nicht standhalten, gibts genug.

Karl Linder, Vorstandsmitglied Grünliberale BS

### Ein Plädoyer für das Analoge

**Wir schaffen das!; BaZ 20.4.18**

-minu bringt es auf den Punkt: Unsere digitale Welt, regiert von einer Profitmaschine, hat einen Punkt erreicht, der erschreckend deutlich aufzeigt, wohin wir es gebracht haben. Die meisten Jungen (und viele «Alte») starren immer öfter wie hypnotisiert aufs Display ihres Handys und haben – Fesseln gleich – die weissen Stöpsel in den Ohren und reden vor sich hin über Dinge, die eigentlich niemand hören will. Dass dies gesundheitliche Schäden nach sich ziehen kann (Strahlen), ist diesen Leuten vermutlich bewusst, aber anscheinend egal. Hauptsache, man ist hip.

Immerhin haben viele die Schallplatte wieder entdeckt und schätzen ge-

lernt, deren weicher Ton (nichts ist so schrill wie die Musik aus einem iPhone – der Gesundheitszustand des Gehörs in 30 Jahren lässt grüssen) immer wieder begeistert, auch wenn es manchmal ein bisschen knistert. Es knistert ja sonst nirgendwo mehr. Ich bin analog gut drauf. Ich schaffe es!

Hanspeter Schmutz, Basel

### Kulturbeitrag an Basel-Stadt!

**Das Baselbiet schreibt wieder schwarze Zahlen; BaZ**

«Schwarze Zahlen ohne Wenn und Aber», so lautet der Titel der Medienmitteilung des Regierungsrats Baselland zur Staatsrechnung 2017. «Dank der Sparmassnahmen ...», heisst es weiter. In der Tat wurden seit 2016 in Baselland bereits rund 1 Million Franken bei der Kulturförderung abgebaut. Die Reduktion der Beiträge an die Kulturinstitutionen in Basel-Stadt ist jedoch erst angedroht. Hier ist also noch nichts gespart. Folglich wird nun die in Aussicht gestellte Kündigung des Kulturvertrags obsolet. Weder entstehen für Baselland dadurch Zusatzkosten, noch muss Basel-Stadt Zusatzbeiträge sprechen, noch muss Baselland die Mitsprache bei der Verwendung der Gelder aufgeben – eine Win-win-Situation. Unnötige Diskussionen, die die Partnerschaft belasten, werden vermieden, und die Unterstützung der regionalen Kultur macht nicht an den kantonalen Grenzen halt.

Irene Maag und Marc Joset, Co-Präsidium Verband Kultur Baselland

### An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.

**http://verlag.baz.ch/leserbrief** oder per E-Mail: **leserbrief@baz.ch**  
Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel